

Gegensatz zu den Vorstellungen des Nationalismus, nichts über die inneren Qualitäten eines Menschen. Fleiß hängt nicht von der Hautfarbe ab, und freundliche Menschen gibt es, genauso wie Egoisten, in jedem Volk. Aus der Nationalität einen Wert abzuleiten, ist nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch schlicht falsch. Und betrachtet man die Angehörigen eines Volkes, so muss man feststellen: Menschen haben sehr verschiedene Meinungen und Interessen. Die Bürger einer Nation haben in der Realität nicht ein gemeinsames Interesse oder eine gemeinsame Meinung. Und dies durch Unterdrückung und Aussonderung herzustellen, führt nicht in eine harmonische Gemeinschaft, sondern in ein autoritäres System.

Wenn sich Menschen trotzdem für einen solchen Nationalismus entscheiden, dann — neben den genannten sozialen Gründen — auch aus Mangel an einer ideologischen Alternative, die dem Wunsch des Einzelnen nach Bedeutsamkeit, Zugehörigkeit und Gemeinschaft entgegenkommt. Vielleicht braucht es dafür die offensivere Förderung einer positiven

nationalen Identität, mit der sich der Staatsbürger jenseits des „ius sanguinis“ identifizieren kann.

Denn man kann sich als Deutscher als Teil einer Rechtsgemeinschaft verstehen, ungeachtet der Hautfarbe und der Religion, die verbunden ist durch die Verfassung und damit durch eine gemeinsam zu verteidigende Demokratie, Freiheit und Solidarität. Man kann als Deutscher stolz sein, Teil einer Gemeinschaft zu sein, die Menschen in Not aus weit entfernten Ländern hilft. Man kann sich als Europäer fühlen und glücklich schätzen, in einem nun schon Jahrzehnte währenden Friedensprojekt zu leben, das es geschafft hat, aus der Geschichte zu lernen und Jahrhunderte gegenseitigen Abschlachtens hinter sich zu lassen.

**Dr. Martin d'Idler** hat über „Die Modernisierung der Utopie“ promoviert und unterrichtet nun als Lehrer für Politik und Wirtschaft, Deutsch sowie Theater am Überwald-Gymnasium in Wald-Michelbach (Hessen).

**Martin d'Idler**

## Schusswaffen gegen Flüchtlinge?

Über die Ziele der AfD

Die AfD ist eine junge Partei. 2013 gegründet, verpasst sie im selben Jahr mit 4,7% knapp den Einzug in den Bundestag, zieht jedoch seitdem in ein Landesparlament nach dem anderen und wird wohl ab September 2017 auch im Bundestag vertreten sein.

Naturgemäß ist bei einer jungen Partei noch Vieles in der Entwicklung, programmatisch wie personell. Der Gründungsimpuls ist die Ablehnung der Euro-Rettungspolitik durch die Bundesregierung, die diese als „alternativlos“ propagiert. Dem setzt Parteigründer Bernd Lucke, Wirtschaftsprofessor und ehemaliges CDU-Mitglied, eine „Alternative für Deutschland“ entgegen. Somit ist die AfD ursprünglich eine Ein-Punkt-Partei, Adressaten vor allem unzufriedene CDU-Wähler, denen die CDU nicht mehr konservativ und liberal genug erscheint. Die AfD will zurück zur D-Mark, zurück zur EWG, zurück zum Familienmodell der fünfziger Jahre. In Umfragen erreicht die Partei — nach dem knapp verpassten Einzug in den Bundestag 2013 — Werte von bis zu 10%.

In die Partei strömen aber nicht nur Konservative, sondern auch noch weiter rechts stehende Kräfte. Insbesondere in Ostdeutschland, aber nicht nur dort, entsteht ein nationalistischer Parteiflügel, mit Frauke Petry an der Spitze, die bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 die AfD mit 9,7% erstmalig in ein deutsches Landesparlament führt. Es kommt zum Machtkampf zwischen Lucke mit seinem konservativ-wirtschaftsliberalen Flügel und Petry mit ihrem national-konservativen Flügel, den Petry auf dem AfD-Parteitag in Essen 2015 für sich entscheidet. Lucke, und mit ihm der

Großteil der Wirtschaftsliberalen, verlässt die Partei (und gründet eine neue, ALFA, Allianz für Fortschritt und Aufbruch, die aber erfolglos bleibt).

Damit ändert sich auch der zentrale Punkt der Ein-Punkt-Partei. Mit Beginn der Flüchtlingswelle im Sommer 2015 wechselt die AfD ihr Kernthema von der Abwehr der Euro-Rettung zur Abwehr von Flüchtlingen und des Islam. Damit schnellen die Umfragewerte der Partei, die mit der Entspannung der Griechenland-Krise 2015 zwischenzeitlich auf unter 5% abgesunken waren, wieder in die Höhe. 2016 erreicht sie bei Landtagswahlen in Westdeutschland regelmäßig über 12%, in Ostdeutschland bis zu 24% der Wählerstimmen.

Inzwischen zeichnet sich ein neuer Machtkampf ab. Gegen Petrys Führungsanspruch rebellieren eine Reihe von AfD-Fraktionsvorsitzenden aus den Landtagen, vor allem Alexander Gauland (Brandenburg), Björn Höcke (Thüringen) und Jörg Meuthen (Baden-Württemberg), der gleichzeitig ihr Ko-Vorsitzender in der Bundespartei ist.

Diese Spaltung scheint aber weniger inhaltlich als vielmehr machtpolitisch motiviert zu sein. Dies zeigt sich an der Debatte um ein Interview mit der Parteivorsitzenden Petry, in dem die Frage aufkommt, ob gegen Flüchtlinge an der deutschen Grenze Schusswaffen eingesetzt werden sollen. Gleichzeitig lässt sich hier die Ausrichtung der Partei mit der Frage, wie weit rechts sie denn steht, untersuchen.

Petry fordert im Interview mit der Mannheimer Morgen vom 30.1.2016 den Bau eines Grenzzauns („Grenzsicherungsanlagen“) zwischen Deutschland und Österreich und

notfalls auch das Schießen auf Flüchtlinge, um diese daran zu hindern, nach Deutschland zu kommen:

„Wir brauchen umfassende Kontrollen, damit nicht weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich einreisen können. [...] Wir müssen natürlich genügend Bundespolizisten einsetzen und dürfen Zurückweisungen nicht scheuen. Dies muss notfalls auch mit Grenzsicherungsanlagen durchgesetzt werden. [...] [Wenn ein Flüchtling über den Zaun klettert.] muss die Polizei den Flüchtling daran hindern, dass er deutschen Boden betritt. [...] Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz. [...] Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt.“<sup>1</sup> Frauke Petry

Ebenso äußert sich kurz darauf die Berliner AfD-Vorsitzende und Abgeordnete des Europa-Parlaments Beatrix von Storch auf ihrer Facebook-Seite:

„Menschen, die aus Österreich einreisen, haben kein Asylrecht (Art 16 a Abs. 2 GG). Ihnen ist die Einreise zu verweigern (18 Abs. 2 AsylG). Und wenn Sie das HALT an der Grenze nicht akzeptieren, können die Vollzugsbeamten im Grenzdienst Schusswaffen auch gegen Personen einsetzen.“ (§ 11 UZwG).

Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen. Die Menschen sind in Österreich in Sicherheit. Es gibt keinen Grund, mit Gewalt unsere Grenze zu überqueren.“<sup>2</sup> Beatrix von Storch

Sachlich ist dies falsch: Ein illegaler Grenzübertritt ist kein Verbrechen (wie Raub, Mord, Brandstiftung), das notfalls mit der Schusswaffe verhindert werden darf, sondern nur ein Vergehen, das mit höchstens einem Jahr Haft geahndet wird und bei dem ein Schusswaffeneinsatz nicht erlaubt ist.<sup>3</sup>

Politisch lösen die Aussagen Petrys bei den anderen Parteien Empörung aus. Auch wird auf die Parallele zur DDR samt Mauer und Schießbefehl hingewiesen. Petry behauptet, das Interview sei im Stil eines „Verhörs“ geführt worden und habe ihre Aussagen „verkürzt“ und „sinnentstellt“ wiedergegeben, um eine verzerrende Schlagzeile zu produzieren.<sup>4</sup> Demgegenüber weist der Chefredakteur der Zeitung Mannheimer Morgen, Dirk Lübke, darauf hin, dass Petry den

vollen Wortlaut des Interviews vorgelegt bekommen und zur Veröffentlichung freigegeben habe.<sup>5</sup>

So sehr Petry und von Storch auch beteuern, so „steh[e] es im Gesetz“<sup>6</sup> und sie hätten nur „die Rechtslage referiert“<sup>7</sup> — es stimmt nicht. Sie fordern vielmehr, die Rechtslage außer Kraft zu setzen. Zur geltenden Rechtslage gehört nämlich das Gebot der Verhältnismäßigkeit, und das setzt bei einem illegalen Grenzübertritt unbewaffneter Flüchtlinge das Recht auf Leben dieser Menschen ganz klar über die Pflicht der Beamten, die Grenze zu schützen. Die AfD tut das offenbar nicht. Sie stellt die Grenzsicherung über das Recht, auch über das Recht auf Leben, das auch Flüchtlingen zusteht. Aber sie macht noch mehr, offenbar, um diesen Rechtsbruch zu legitimieren: Sie macht aus Flüchtlingen „Angreifer“, eine Terminologie, die sich mit rechtsradikalen Verschwörungstheorien deckt, Flüchtlinge würden als „Invasoren“ in Deutschland eindringen, um die deutsche Bevölkerung zu „ersetzen“. So werden aus Opfern Täter — während die AfD und ihre Wähler sich als Opfer sehen.

Nun fordert niemand, dass an der Grenze jedem, der vorbeikommt, ein deutscher Pass in die Hand gedrückt wird. Vielmehr geht es darum, Flüchtlingen, zum größten Teil Kriegsflüchtlingen aus Syrien, Irak und Afghanistan, einen vorübergehenden Schutz zu gewähren. Dies gebietet nicht nur die Humanität, sondern auch das internationale Recht, genauer gesagt die Genfer Flüchtlingskonvention, die die Bundesrepublik Deutschland 1953 unterzeichnet hat. Sie verbietet, Flüchtlinge in ein Gebiet zurückzuweisen, in dem ihnen Verfolgung droht. Und selbst Flüchtlingen, denen keine individuelle Verfolgung droht, ist nach europäischem Recht ein „subsidiärer Schutz“ zu gewähren, wenn ihnen in ihrem Herkunftsland Gefahr für Leib und Leben droht, etwa wie in Syrien durch Krieg.

Was haben also die AfD und ihre Wähler gegen Flüchtlinge? Warum wollen sie, um Flüchtlinge abzuwehren, sogar auf diese schießen? Zum einen gibt es einen rational nachvollziehbaren Grund, nämlich ökonomische Konkurrenz. Der finanziell schlechter gestellte Teil der deutschen Bevölkerung gerät ungewollt in eine Konkurrenzsituation mit Flüchtlingen, die neu ins Land kommen — um staatliche Hilfen, um Wohnraum, um Arbeitsplätze, gerade für Geringqualifizierte. Dass die AfD besonders bei Arbeitslosen punktet, hat hier seinen Grund. Das rechtfertigt, wie gesagt, nicht den Einsatz von Schusswaffen, erklärt aber zum Teil, woher die Abwehr kommt.

Zum anderen entsprechen die Flüchtlinge in ihrer großen Mehrzahl offenbar nicht dem, wie sich die AfD und ihre Wähler die Bewohner Deutschlands vorstellen, wie sie sich die deutsche Nation vorstellen. Flüchtlinge haben für sie die

1 Interview mit Frauke Petry, Mannheimer Morgen, 30.1.2016, unter: [www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-konnen-es-nicht-lassen-1.2620328](http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-konnen-es-nicht-lassen-1.2620328) (Zugriff: 3.2.2016)

2 Facebook-Profil von Beatrix von Storch, Eintrag vom 30.1.2016, unter: [www.facebook.com/BeatrixVonStorch/](https://www.facebook.com/BeatrixVonStorch/) (Zugriff: 3.2.2016)

3 morgenweb-Nachrichten, 2.2.2016, unter: [www.morgenweb.de/nachrichten/welt-und-wissen/schiessen-nur-im-aus-sersten-notfall-erlaubt-1.2624881](http://www.morgenweb.de/nachrichten/welt-und-wissen/schiessen-nur-im-aus-sersten-notfall-erlaubt-1.2624881) (Zugriff: 3.2.2016)

4 T-Online-Nachrichten, 2.2.2016, unter: [www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id\\_76858482/afd-chefin-frauke-petry-prangert-medien-an-total-inakzeptabel-.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_76858482/afd-chefin-frauke-petry-prangert-medien-an-total-inakzeptabel-.html) (Zugriff: 3.2.2016)

5 T-Online-Nachrichten, 2.2.2016, unter: [www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id\\_76858482/afd-chefin-frauke-petry-prangert-medien-an-total-inakzeptabel-.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_76858482/afd-chefin-frauke-petry-prangert-medien-an-total-inakzeptabel-.html) (Zugriff: 3.2.2016)

6 Interview mit Frauke Petry, Mannheimer Morgen, 30.1.2016, unter: [www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-konnen-es-nicht-lassen-1.2620328](http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-konnen-es-nicht-lassen-1.2620328) (Zugriff: 3.2.2016)

7 Facebook-Profil von Beatrix von Storch, Eintrag vom 31.1.2016, unter: [www.facebook.com/BeatrixVonStorch/](https://www.facebook.com/BeatrixVonStorch/) (Zugriff: 3.2.2016)

**Material 1: Die AfD im Überblick**



<b>Name:</b>	Alternative für Deutschland (AfD)	<b>Vorsitz:</b>	Frauke Petry, Jörg Meuthen
<b>Homepage:</b>	www.alternativefuer.de	<b>Mitglieder:</b>	25.000 (Januar 2017)
<b>Farbe:</b>	blau	<b>Alter (Ø):</b>	47 Jahre
<b>Gründung:</b>	2013 (Berlin)	<b>Frauen-Anteil:</b>	16%
<b>Ausrichtung:</b>	wirtschaftsliberal, euroskeptisch, konservativ, nationalistisch, völkisch		

**Kleine Partei-Geschichte**

- 2013** Gründung der AfD. Als Gründer das Gesicht der Partei: Bernd Lucke, Ex-CDU-Mitglied und Wirtschaftsprofessor. Zentrales Anliegen: Ablehnung des Euros und der Griechenland-Rettung (gegen Merkels „Alternativlosigkeit“ der Euro-Rettungs-Politik). Drei Vorsitzende: Bernd Lucke, Frauke Petry, Konrad Adam
- Bundestags-Wahl: 4,7%. Knappes Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde
- 2014** Europaparlaments-Wahl: 7,1%, Fraktionsvorsitz: Bernd Lucke. Unter den 7 Abgeordneten: Beatrix von Storch
- Landtagswahl Sachsen: 9,7%, Fraktionsvorsitz: Frauke Petry. Erster Einzug in ein Landesparlament. Danach Landtagswahl in Thüringen (10,6%), Fraktionsvorsitz: Björn Höcke, und in Brandenburg (12,2%), Fraktionsvorsitz: Alexander Gauland
- Gründung von PEGIDA in Dresden. Streit in der AfD um Verhältnis zu PEGIDA
- 2015** Machtkampf um Führung und Ausrichtung der AfD. Lucke fordert liberale Ausrichtung („Weckruf 2015“). Gegen ihn stellen sich Petry, Gauland, Höcke mit einer konservativeren Ausrichtung („Erfurter Resolution“ von Höcke).
- Einzug in die Landtage Hamburg (6,1%) und Bremen (5,5%)
- Im Machtkampf auf dem Parteitag in Essen gewinnt Petry gegen Lucke. Lucke verlässt AfD und gründet neue Partei (ALFA), die aber erfolglos bleibt.
- Mit der Flüchtlingskrise neues zentrales Thema: die Abwehr von Flüchtlingen
- Streit um rassistische Äußerungen von Höcke („afrikanischer Ausbreitungstyp“)
- 2016** Streit um Äußerungen von Petry (Schusswaffen gegen Flüchtlinge an der Grenze)
- Einzug in die Landtage Baden-Württemberg (15,1%), Fraktionsvorsitz: Jörg Meuthen, sowie Rheinland-Pfalz (12,6%) und Sachsen-Anhalt (24,2%). Vorübergehende Spaltung der Fraktion in Baden-Württemberg wegen Streit um Holocaust-Leugner in der Fraktion. Später Einzug in Landtage Mecklenburg-Vorpommern (20,8%) und Berlin (14,2%)
- Machtkampf in der AfD: Petry gegen Meuthen, Gauland, Höcke
- 2017** Streit um Äußerungen von Höcke zum Holocaust-Denkmal in Berlin („Denkmal der Schande“).
- Landtagswahl Saarland (6,2%), später Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen
- Bundestagswahl.

*Quelle: Autorentext von Martin d'Idler*

falsche Kultur, die falsche Religion, die falsche Hautfarbe. Die Ablehnung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft und Hautfarbe ist nun genau das, was Rassismus ausmacht. Dass dieser im Herzen der AfD verankert ist, mögen weitere Zitate veranschaulichen:

Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion in Thüringen, spricht in einem Vortrag von einem durch die Evolution hervorgebrachten, also genetisch bedingten „afrikanischen Ausbreitungstypus“, der im Gegensatz und in Konkurrenz zum „europäischen Platzhaltertypus“ stehe.

„Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“<sup>8</sup> Björn Höcke

<sup>8</sup> Focus, 13.12.2015, unter: [www.focus.de/politik/deutschland/ausbreitungstyp-und-platzhaltertyp-afd-mann-hoecke-sorgt-mit-rede-ueber-afrikaner-und-europaer-fuer-skandal\\_id\\_5151173.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/ausbreitungstyp-und-platzhaltertyp-afd-mann-hoecke-sorgt-mit-rede-ueber-afrikaner-und-europaer-fuer-skandal_id_5151173.html) (Zugriff: 31.3.2017); die ganze Rede ist zu finden unter: [www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqIQ](http://www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqIQ).

Diese Aussage ist insofern rassistisch, da sie einer Menschengruppe mit anderer Hautfarbe (den Afrikanern) pauschal eine negativ bewertete Eigenschaft zuschreibt. Entscheidend ist, dass dieser Unterschied genetisch bedingt sein soll. Dass Menschen in Afrika empirisch gesehen zur Zeit im Durchschnitt mehr Kinder haben als in Europa, mag sein. Als vermeintlich evolutionär entwickelter genetischer Unterschied wird daraus jedoch eine rassistische Zuschreibung. (Dass Menschen in Europa vor hundert Jahren im Durchschnitt auch sehr viel mehr Kinder hatten als heute, der Kinderreichtum also offensichtlich nicht genetische, sondern historisch-gesellschaftliche Gründe hat, sei am Rande vermerkt.)

Nach heftigen öffentlichen Protesten verurteilt der AfD-Bundesvorstand unter Führung Frauke Petrys diese Aussage Höckes, distanziert sich davon und bewertet sie als dessen persönliche Meinung. Alexander Gauland wiederum distanziert sich von dieser Distanzierung und damit von der Parteichefin

## Material 2: Interview mit Frauke Petry (AfD) vom 30.1.2016

### „Sie können es nicht lassen!“

#### AfD — Frauke Petry über Kontrollen an den Grenzen sowie das Verhältnis ihrer Partei zu Gewalt und Rassismus

Von Steffen Mack und Walter Serif

*Mannheim. Frauke Petry will den Flüchtlingszustrom an den Grenzen bremsen. Am Rande eines Wahlkampfauftritts der AfD-Chefin in Mannheim fragte unsere Zeitung, wie sie sich das vorstellt.*

*Frau Petry, Sie fordern, an den Grenzen „wieder Recht und Ordnung herzustellen“. Was heißt das?*

**Petry:** Wir brauchen umfassende Kontrollen, damit nicht weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich einreisen können.

*Die Grenze zu Österreich ist mehr als 800 Kilometer lang. Wie wollen Sie die durchgängig kontrollieren?*

**Petry:** Ich weiß genau, dass Sie mich zur Schlagzeile „Petry will Grenzzäune errichten“ provozieren wollen.

*Wir wollen nur wissen, wie Ihr Plan aussieht. Wie sieht er aus?*

**Petry:** Wir müssen natürlich genügend Bundespolizisten einsetzen und dürfen Zurückweisungen nicht scheuen. Dies muss notfalls auch mit Grenzsicherungsanlagen durchgesetzt werden.

*Wie hoch sollen die Zäune sein?*

**Petry:** Sie können es nicht lassen! Schauen Sie doch mal nach Spanien. Die haben auch hohe Zäune.

*Was passiert, wenn ein Flüchtling über den Zaun klettert?*

**Petry:** Dann muss die Polizei den Flüchtling daran hindern, dass er deutschen Boden betritt.

*Und wenn er es trotzdem tut?*

**Petry:** Sie wollen mich schon wieder in eine bestimmte Richtung treiben.

*Noch mal: Wie soll ein Grenzpolizist in diesem Fall reagieren?*

**Petry:** Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.

*Es gibt in Deutschland ein Gesetz, das einen Schießbefehl an den Grenzen enthält?*

**Petry:** Ich habe das Wort Schießbefehl nicht benutzt. Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt. Entscheidend ist, dass wir es so weit nicht kommen lassen und über Abkommen mit Österreich und Kontrollen an EU-Außengrenzen den Flüchtlingszustrom bremsen.

*Apropos Gewalt: Bei einer AfD-Kundgebung in Magdeburg wurden gerade Journalisten angegriffen. Distanzieren Sie sich davon?*

**Petry:** Gewalt geht gar nicht. Das sagen wir schon immer, da

müssen wir uns nicht jedes Mal distanzieren. Auch lehnen unsere Mitglieder Gewalt ab und sind an Angriffen nicht beteiligt.

*Zum Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke: Über den meinten Sie diese Woche in einer Talkshow, er sei „sicherlich kein Rassist“...*

**Petry:** Ja. Was bitte ist Ihre Frage?

*Ist jemand, der über genetisch bedingte Fortpflanzungsunterschiede zwischen Afrikanern und Europäern spricht, kein Rassist?*

**Petry:** Wir haben das einstimmig im AfD-Landesvorstand verurteilt. Herr Höcke hat eingeräumt, einen Fehler gemacht zu haben. Ich gebe zu, dass mich diese Fehler sehr ärgern.

*Noch mal: Ist diese Genetik-Äußerung rassistisch oder nicht?*

**Petry:** Ich bin keine Rassismus-Expertin, sondern Naturwissenschaftlerin. Und wissenschaftlich ist diese Aussage Unsinn.

*Also kennen Sie sich zwar mit Rassismus nicht so aus, wissen aber sicher, dass Höcke kein Rassist ist?*

**Petry:** Für mich ist entscheidend, was jemand sagt. Und ich wiederhole: Herr Höcke hat zugegeben, dass seine Äußerung ein Fehler war.

*Hätten Sie ihn nicht gern aus der Partei ausgeschlossen, was aber Ihr Vize Alexander Gauland verhindert hat?*

**Petry:** Das unterstellen Sie. Unsere Sitzungen im Bundesvorstand sind vertraulich, unser Beschluss zu Herrn Höcke war einstimmig.

*Der aus der AfD ausgetretene Europaabgeordnete Hans-Olaf Henkel bedauert inzwischen öffentlich, dass er „an der Entstehung dieses Monsters“ mitgewirkt hat. Können Sie ausschließen, dass es Ihnen eines Tages ähnlich geht?*

**Petry:** Ich bin kein Prophet, auch da antworte ich naturwissenschaftlich: Parteien sind lebende Gebilde aus Tausenden Menschen, sie spiegeln das ganze Meinungsspektrum in der Bevölkerung wider. Aber ich weiß, dass die große Mehrheit der AfD eine liberal-konservative Politik will.

**Quelle:** Mannheimer Morgen, 30.1.2016

Zitiert nach: [www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-konnen-es-nicht-lassen-1.2620328](http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-konnen-es-nicht-lassen-1.2620328), Zugriff: 24.4.2016

**Anmerkung:** Dieses Interview mit der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry führten Steffen Mack und Walter Serif, zwei Redakteure der Tageszeitung Mannheimer Morgen, am 29.1.2016. Es erschien in dieser Zeitung am Samstag, den 30.1.2016. Die Aussage Petrys, zur Grenzsicherung gegen Flüchtlinge sollten Grenzbeamte „notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen“, sorgte für heftige Diskussionen in der Öffentlichkeit. (Martin d'Idler)

**Material 3: Facebook-Posts von Beatrix von Storch (AfD) vom 30.1.2016 und 1.2.2016**

**Beatrix von Storch — 30. Januar**

Es ist so weit. Wir diskutieren (bar jeder Kenntnis) den „Schießbefehl“. (Was für eine Verhöhnung der Mauertoten!) Schießen? An der Grenze? Die Empörung — grenzenlos. Menschen, die aus Österreich einreisen, haben kein Asylrecht (Art 16 a Abs. 2 GG). Ihnen ist die Einreise zu verweigern (18 Abs. 2 AsylG). Und wenn Sie das HALT an der Grenze nicht akzeptieren, „können die Vollzugsbeamten im Grenzdienst Schusswaffen auch gegen Personen einsetzen.“ (§ 11 UZwG). Wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen. Die Menschen sind in Österreich in Sicherheit. Es gibt keinen Grund, mit Gewalt unsere Grenze zu überqueren.

**Beatrix von Storch — 1. Februar**

Ich habe bejaht, daß „Frauen mit Kindern“ mit Waffengewalt am Übertritt der grünen Grenze gehindert werden sollen. Ich beziehe mich dabei auf die geltende Gesetzeslage. Gegen Kinder ist der Schusswaffeneinsatz richtigerweise nicht zulässig. Frauen sind anders als Kinder verständig, so dass der Einsatz hier unter den gesetzlich engen Grenzen der §§ 11,12 und 13 UZwG zulässig sein kann.

Niemand möchte den Einsatz von Schusswaffen gegen Menschen. Gleichwohl ist die Debatte um den Einsatz zur Grenzsicherung vor dem Hintergrund der geltenden Gesetze zu führen. Diese regeln in den §§ 11 ff UZwG klar, dass Schusswaffen überhaupt nur eingesetzt werden können, wenn alle andere Maßnahmen unmittelbaren Zwanges erfolglos waren, und daß gegen Personen der Einsatz erst nach erfolglosem Warschuss und Schuss gegen Sachen in Betracht kommt. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit wird dazu führen, daß es letztlich zu keinem Einsatz gegen Personen kommen muss. Die Forderung der AfD lautet: Grenzschutz unter Anwendung der geltenden Gesetze, unter strikter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. [...]

**Quelle:** www.facebook.com/BeatrixVonStorch, 30.1.2016 und 01.2.2016, Zugriff: 24.4.2016

**Anmerkung:** Eine Reihe von Facebook-Posts von Beatrix von Storch, Vorsitzende des Berliner Landesverbands der AfD und Abgeordnete im Europaparlament, verteidigen die AfD-Bundesvorsitzende Frauke Petry gegen Kritik nach deren Interview vom 30.1.2016 zum Thema Schusswaffengebrauch an der Grenze. Die Fehler in Rechtschreibung und Grammatik entsprechen dem Original. (Martin d'Idler)

**Recherche-Auftrag: Wie rechts ist die AfD?**

Politische Parteien werden üblicherweise als „links“ oder „rechts“ bezeichnet. Was bedeutet das? Als politisch links gilt, für mehr Gleichheit einzutreten — je stärker, desto weiter links ist eine Partei. Gemäßigt links sind sozialdemokratische Parteien, die nach sozialem Ausgleich und Chancengleichheit streben. Extrem links sind kommunistische Parteien, die eine vollkommene soziale Gleichheit fordern.

Als politisch rechts dagegen gilt, an Differenz festzuhalten — je stärker, desto weiter rechts ist eine Partei. Gemäßigt rechts sind konservative Parteien, die Traditionen wie Nation, Religion und Familie in ihren althergebrachten Formen bewahren („konservieren“) wollen. Extrem rechts sind nationalistische Parteien, die die eigene Nation über andere Nationen stellen und im Inneren alles Fremde unterordnen oder entfernen wollen.

Die AfD stellt sich selbst als konservative, aber nicht rechtsextreme Partei dar. Manche Kritiker bezweifeln das und unterstellen der Partei, nach rechts abzudriften. Es gilt also zu überprüfen: Wie weit rechts steht die AfD wirklich? Handelt es sich um eine (noch) konservative oder (schon) nationalistische Partei? Steht sie, wie sie behauptet, fest auf dem Boden des Grundgesetzes, oder hat sie diesen in ernstzunehmendem Umfang verlassen? Um dies zu beurteilen, ist es sinnvoll, sich anzuschauen, was die Partei denn sagt. Dabei sollten Aussagen von einfachen Parteimitgliedern oder Anhängern, wie extrem sie auch sein mögen, außen vor gelassen werden — irrlichternde Einzelmeinungen gibt es in jeder Partei, auch der AfD ließe sich nicht vorwerfen, wenn irgendein AfD-Mitglied auf Facebook etwas Rechtsextremes postet. Als Aussage der Partei darf aber gelten, 1. was in den Grundsatz- und Wahlprogrammen der AfD steht, denn diese werden ja mit Mehrheit auf Parteitag beschlossen, und 2. was Parteivertreter wie Vorsitzende und Abgeordnete („Funktionäre“) öffentlich sagen, etwa in Reden und Interviews, denn diese Funktionäre werden ja auf Parteitag gewählt und sprechen im Namen der Partei.

Die in der Öffentlichkeit präsentesten AfD-Funktionäre sind die Fraktions-Vorsitzenden der AfD-Landtagsfraktionen, vor allem Frauke Petry (Sachsen), Jörg Meuthen (Baden-Württemberg), Alexander Gauland (Brandenburg), Björn Höcke (Thüringen). Die beiden Erstgenannten, Petry und Meuthen, sind gleichzeitig als Doppelspitze Parteivorsitzende („Sprecher“ genannt) auf Bundesebene. Ebenfalls in der Öffentlichkeit relativ bekannt ist

schließlich noch Beatrix von Storch, Ko-Vorsitzende des Landesverbands Berlin und AfD-Abgeordnete im Europa-Parlament.

Schließlich muss bedacht werden, dass es ein notwendiges, aber kein hinreichendes Mittel ist, einen politischen Akteur nach seinen eigenen Aussagen zu beurteilen. Nicht alle Meinungen und Interessen werden in der Öffentlichkeit gesagt, und nicht alles, was gesagt wird, entspricht den tatsächlichen Meinungen und Interessen. (Und das gilt natürlich nicht nur für die AfD.) So ist es hilfreich, zur Kenntnis zu nehmen, was Experten von außen über die AfD sagen, um dann die Aussagen der AfD wie auch die der Experten kritisch zu hinterfragen und sich so ein eigenes Urteil zu bilden.

**Arbeitsschritte:**

**1. Suche im Internet nach einem für dich interessanten AfD-Zitat!**

Über Suchmaschinen finden sich Einzel-Zitate wie auch Zitate-Sammlungen. Du kannst auch nach Aussagen bestimmter Funktionäre suchen und einen Blick in ein Parteiprogramm werfen. Kopiere das Zitat, speichere es in einer Text-Datei und versieh es vorn und hinten mit Anführungszeichen. Markiere Veränderungen am Zitat mit eckigen Klammern. Füge dann — am besten als Fußnote — sogleich die Internet-Adresse und das Zugriffs-Datum als Quellenangabe hinzu.

**2. Informiere dich zu den Hintergründen und zur Diskussion um dieses Zitat!**

Informiere dich über das Internet, wer der Urheber des Zitats eigentlich ist, wie auf das Zitat reagiert wurde, wie andere das Zitat einschätzen, welche Diskussion sich entwickelt hat.

**3. Analysiere und kommentiere das Zitat!**

Verfasse einen zusammenhängenden Text, indem du erstens das Zitat voranstellst, zweitens das Zitat erklärst und die Diskussion um das Zitat darstellst, drittens das Zitat und die Diskussion darüber beurteilst (und dazu die Kriterien für deine Beurteilung offenlegst) und viertens abschließend und zusammenfassend kriterienorientiert die AfD in das Rechts-Links-Schema einordnest.

Petry, Gauland selbst, Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion in Brandenburg und Mitglied des AfD-Bundesvorstands, sagt im Interview mit der FAZ über den dunkelhäutigen Fußballnationalspieler Jérôme Boateng:

„Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.“<sup>9</sup>

Alexander Gauland

Auch hier meint Gauland die Gene, in diesem Fall die Hautfarbe schwarz, die seiner Meinung nach nicht nach Deutschland gehört. Dass Boateng deutscher Staatsbürger ist, er in Deutschland aufgewachsen ist, dass seine Muttersprache deutsch ist, spielt dabei keine Rolle. Es ist seine Abstammung (der Vater ist Ghanaer) und damit seine Hautfarbe, die Gauland stört. Und so wie „die Schwarzen“ gehören nach diesem Denkmuster auch „die Muslime“ — oder, anders formuliert, „der Islam“ — nicht zu Deutschland. Es ist dasselbe Denkmuster, nach dem auch „die Juden“ nicht zu Deutschland gehörten.

Dieses Denkmuster ist ein Nationalismus, der das deutsche Volk als Abstammungsgemeinschaft versteht, als eine ethnisch, religiös und kulturell homogene Gruppe. Ziel eines solchen Nationalismus ist es, die Minderheiten, die nicht in

<sup>9</sup> Interview mit Alexander Gauland, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.5.2016, unter: [www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-vize-gauland-beleidigt-jerome-boateng-14257743.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-vize-gauland-beleidigt-jerome-boateng-14257743.html) (Zugriff: 31.3.2017)

das eigene Konzept von Homogenität passen, auszugrenzen. Ausländer sollen „raus“, ausländische Flüchtlinge sollen gleich draußen bleiben. Religiöse Minderheiten wie Juden oder Muslime werden als Bedrohung und als Ursache zentraler Probleme gesehen, auch wenn sie nur einen kleinen Teil der Bevölkerung stellen. Dieser Nationalismus glaubt (irrigerweise), wenn nur das Volk „rein“ wäre, entstünde eine harmonische „Volksgemeinschaft“.

Dieses Denken wird als „völkisch“ bezeichnet und ist Kennzeichen des Nationalsozialismus. Dass die Parteivorsitzende Frauke Petry dafür plädiert, dass der Begriff „völkisch“ „wieder positiv besetzt“ wird,<sup>10</sup> zeigt, dass sie nicht weniger rechts einzuordnen ist als Gauland oder Höcke. Und da ist es nur konsequent, auf unbewaffnete Flüchtlinge, die ohne Erlaubnis die Grenze passieren, zu schießen. Zumindest, wenn sie nicht deutsch sind.

**Dr. Martin d'Idler** hat über „Die Modernisierung der Utopie“ promoviert und unterrichtet nun als Lehrer für Politik und Wirtschaft, Deutsch sowie Theater am Überwald-Gymnasium in Wald-Michelbach (Hessen).

<sup>10</sup> Interview mit Frauke Petry, Welt am Sonntag, 11.9.2016, unter: [www.welt.de/newsticker/news1/article158052902/Petry-will-Begriff-voelkisch-positiv-besetzen.html](http://www.welt.de/newsticker/news1/article158052902/Petry-will-Begriff-voelkisch-positiv-besetzen.html) (Zugriff: 31.3.2017)

## Ingo Klüsserath und Susann Gessner

# Wagnis des Politischen

Hannah Arendt entwickelte ihre Ideen politischer Theorie in der Auseinandersetzung mit dem subjektphilosophischen Ansatz Martin Heideggers: Statt monologisch-denkend auf Holzwegen zu wandern und in einer Art sorgenvollen Geworfenheit untätig stecken zu bleiben, stellt sie ihm das gemeinsame Sprechen als Handeln innerhalb eines „öffentlichen Raums“<sup>1</sup> gegenüber und stößt somit das Subjekt in die Welt des Politischen.

Damit einher geht eine Kritik an Heidegger, die auch biographisch begründet ist: Ihr geht es dabei darum, das rein Philosophische zu überwinden und praktisch-politisch tätig zu werden. So entsteht bei ihr das Politische in Abgrenzung zum Philosophischen erst im Aufeinandertreffen verschiedener Menschen mit verschiedenen Interessen, die in einer Übereinkunft Entscheidungen festlegen und Macht in einem Raum des Dazwischen legitimieren: „Der Mensch ist apolitisch. Politik entsteht in dem *Zwischen-den-Menschen*.“<sup>2</sup> So erläutert Arendt im Rekurs auf Aristoteles den Sinn des Politischen, „dass Menschen in Freiheit, jenseits von Gewalt,

Zwang und Herrschaft, miteinander verkehren, Gleiche mit Gleichen, die nur in Not-, nämlich Krisenzeiten einander befehlen und gehorchten, sonst aber alle Angelegenheiten durch das Miteinander-Reden und das gegenseitige Sich-Überzeugen regelten.“<sup>3</sup>

Im Unterschied zu späteren Begriffen des Politischen orientiert sich Arendt bei ihrem Begriff des Politischen nicht an den eigentlichen Tätigkeiten des Gesetzgebers. Das Verfassen von Gesetzen sei auch für die Bürger der Polis kein Erzeugnis des *Handelns*, sondern bloß des fabrizierenden *Herstellens* gewesen. Um Handeln erst zu ermöglichen, sei ein begrenzter Raum des Öffentlichen notwendig, innerhalb dessen die Handelnden in Erscheinung treten könnten.<sup>4</sup>

Ihr geht es darum, einem zunehmenden Zerfall bzw. gar einer zunehmenden Umstülpung des öffentlichen Raumes entgegenzusteuern — haben die westlichen Demokratien doch die Pervertierung des Politischen zur Politik nahezu perfektioniert. So erstirbt der Ort echten politischen Handelns

<sup>1</sup> Arendt 2016, S. 62

<sup>2</sup> Arendt 2015, S. 11

<sup>3</sup> ebd., S. 39

<sup>4</sup> vgl. Arendt 2016, S. 244f.